

Ein Volk lernt um: Parlamentarisierung der politischen Sprache in der Weimarer Republik

1 Einführung

Friedrich Ebert beglaubigt in seinem Aufruf vom 8. November 1918, dass die „sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung [...] gesichert“ sei.¹ Vier Wochen zuvor beklagt der Spartakusbund in seinem Aufruf vom 7. Oktober 1918, dass „Parlamentarisierung und preußisches Wahlrecht [...] das Proletariat geeignet machen [sollen] weiterzudulden“.² Und das Programm der Regierung des Volksstaates Bayern vom 15. November 1918 verspricht: „Wir wollen die bisherigen Organisationen parlamentarisieren.“ (Programm der Regierung des Volksstaates Bayern: 109)

Wir sehen: Der Handlungsausdruck *Parlamentarisierung/parlamentarisieren* ist ein geläufiges Element des politischen Diskurses in der Revolutionszeit von 1918/19. Man bezeichnet damit die Umstrukturierung des politischen Vertretungssystems in einer parlamentarischen Monarchie in das in einer parlamentarischen Demokratie. Damit macht man auch deutlich, dass das erste, nach demokratischen Prinzipien gewählte Reichsparlament, das Frankfurter Paulskirchenparlament von 1848, und auch die Parlamente von 1866 und 1871 nicht den Ideen des demokratischen Parlamentarismus von 1918/19 entsprachen. Zwar setzten sich jene bereits aus Vertretern von Parteien nach Mehrheitsverhältnissen zusammen; zwar dienten sie als Instanzen einer konstitutionellen Monarchie dazu, durch Argument und Gegenargument politische Lösungen zu finden. Aber: Die Regierungen wurden nicht durch die Parlamente, sondern durch den Monarchen bestimmt und sie waren diesem und nicht den Parlamenten verantwortlich. M.a.W.: Man konstituiert im Zuge der Revolution und des Umbruchs von 1918ff. ein anderes, neues, und zwar ein demokratisches Konzept ‚Parlament‘.³

-
- 1 „Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden. Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.“ (Ebert 1918: 507)
 - 2 „Diese erste Regung der Revolution findet aber schon die Konterrevolution auf ihrem Posten. Mit der Einräumung scheinbarer Rechte sucht sie, da die Gewaltmittel versagen, die Bewegung einzudämmen. Parlamentarisierung und preußisches Wahlrecht sollen das Proletariat geeignet machen weiterzudulden und so, wenn schon der Raubzug nach außen mißglückt ist, der Bourgeoisie die Früchte des Diebstahls am eigenen Volke sichern und die schwankenden Throne Wilhelms II. und der übrigen souveränen Herren Deutschlands stützen.“ (Spartakusbund 1918a)
 - 3 Die ‚Neue Rundschau‘ kommentiert diese Veränderung als alles andere denn als ‚Umbruch‘, im Gegenteil erkennt man in der neuen Republik die Fortsetzung autoritärer Staatsführung – ohne Autorität: „wir .. schrieben uns aus westlichen Vorlagen eklektisch eine Verfassung ab, nach der statt des Monarchen die Parteien des ‚regierenden‘ Parlaments die Minister bestimmen. [...] Daß die neue politische Form ein neues politisches Leben, eine neue Einstellung der Führer wie der

Weiterhin zeigen die Belege auch, dass auf den Gegenstand ‚Parlamentarisierung‘ ideologisch kontrovers Bezug genommen wird. Sowohl die politische Linke als auch die Rechte lehnt bekanntlich das Parlament ab: jene als bürgerliches Herrschaftsinstrument, diese als Instanz der staatlichen Schwäche und wegen einer aus ihrer Sicht formalistischen Struktur, die mit dem organizistischen Denken der Rechten nicht vereinbar war.

Den Gegenstand ‚Parlamentarisierung der Sprache‘ wollen wir unter diesen Voraussetzungen eingrenzen. Wir wollen im Folgenden nicht sozusagen eine parlamentssprachliche Spur durch die Diskurse der vierzehn Jahre währenden Republik legen, um nachzuvollziehen, wie sich die in der Weimarer Verfassung festgeschriebene Parlamentarisierung sprachlich-diskursiv manifestiert. Vielmehr verstehen wir den Gegenstand als das Ergebnis der Organisation von Wissens-elementen. Diese sprachliche Organisation von Elementen politischen Wissens zum Zeitpunkt des gesellschaftlichen Umbruchs wollen wir beschreiben: Wir werden darstellen, wie die Wissens-elemente einerseits in den Normtext der Verfassung eingelassen, wie sie andererseits ideologisch zur Disposition gestellt werden.

2 ‚Parlament‘ als Gegenstand einer Wissensrahmenanalyse

Wenn, mit Robert Solso, Wissen „organisierte Information“ ist (Solso 2005: 242) und wenn wir ‚Parlament‘ als einen strukturierten Wissenskomplex begreifen; wenn wir weiterhin solch eine Wissensstruktur, mit Bezug auf Fillmore und Busse, mit der Kategorie des Wissensrahmens bezeichnen, können wir sagen: *Parlament* ist die Bezeichnung des auf eine komplexe Struktur bezogenen Wissensrahmens, der sich aus unterschiedlichen, zueinander netzförmig in Beziehung stehenden Wissens-elementen zusammensetzt.⁴ Unser Interesse an sprach-

Geführten zum Staat und zum Regierungsgeschäfte verlangt, ist uns bisher nicht aufgegangen. Ergebnis: wir haben, innerlich besehen, gar keinen Volksstaat [...] Wir haben nur einen Obrigkeitsstaat ohne traditionelle, in sich selbst ruhende Obrigkeit.“ (Neue Rundschau 1920: 206)

- 4 Charles Fillmore versteht unter ‚frame‘ ein System von aufeinander bezogenen Konzepten: „By the word ‚frame‘ I have in mind any system of concepts related in such a way that to understand any of them you have to understand the whole structure in which it fits.“ (Fillmore 1982: 111) Dietrich Busse nimmt diesen Gedanken auf. Er definiert Wissensrahmen als „die elementaren Ordnungsstrukturen des weltbezogenen Wissens; in diesem Sinn sind auch die sog. Begriffe bzw. Konzepte im epistemologischen Sinne Wissensrahmen.“ (Busse 2007: 99) Als für Wissensrahmen „zentrale Rolle für jede Art von Semantik“ legt Busse an anderer Stelle fest, „dass [...] jedes einzelne Wissens-element, das die Bedeutung eines Wortes, Satzes, Textbestandteils ausmacht und für deren Verstehen relevant und unabdingbare Voraussetzung ist, nur durch seine Position in einem Wissensrahmen seine bedeutungskonstitutive Funktion erhält.“ (Busse 2008: 71) Klaus Peter Konerding entwickelt die Rahmen-Konzeption weiter, indem er die Themengebundenheit von Wissensrahmen fokussiert: „Rahmen sind [...] thematisch generierte, nach situativer Relevanz unterschiedlich laborierte Ausschnitte aus einem virtuellen Netz von konsensuellen und individuellen kognitiven Konzepten, die jeweils durch kulturelle bzw. ontogenetische ‚Constraints‘ kontrolliert, beschränkt und ‚vernetzt‘ sind. Daraus folgt [...], dass Konzepte oder Konzeptbereiche, die nicht oder kaum jemals thematisch werden, keine oder nur rudimentäre zugehörige Rahmenstrukturen (im Sinn lokaler konzeptueller Netze) ausgebildet haben und damit lediglich

lichen Repräsentationen, mit Ekkehard Felder an „sprachliche[n] Formationen von Wissen“ (Felder 2008: 30), spezifizieren wir als Interesse an lexikalisch-semantischen Einheiten, die wir als Repräsentationen dieser Wissensselemente darzustellen haben. Deren Netz verstehen wir als Konstituierung des Konzepts ‚Parlament‘. Wir setzen unsere Fragestellung also mit einer lexikalischen Perspektive um. Andere, wie z.B. die nach kommunikativen Praktiken als Wissensrepräsentationen, genauer: als Repräsentationen von Handlungswissen, sollen hier unberücksichtigt bleiben. – So ließe sich z.B. die parlamentsgeschichtlich geprägte Handlungsstruktur von Sitzungsverläufen, insbesondere aber von den Eröffnungsriten erster Sitzungen erster Wahlperioden im Reichstag rekonstruieren und das hier umgesetzte Wissen als eine Tradition der parlamentarischen Kommunikationsgeschichte beschreiben (vgl. etwa Burkhardt 2003; Holly 1982).

Die Aktualisierungen von Wissensbeständen lassen sich als klassenbildende Wissensarten darstellen. Zwar liegt ein Klassifikationssystem der einen Wissensrahmen bildenden Typen verstehensrelevanten Wissens bisher nicht vor, einzelne Klassifikatoren jedoch sind bestimmt: Kontextwissen hält „den unmittelbar vorausgehenden Erscheinungsraum der Äußerungen kognitiv präsent“ (Busse 1987: 253); Situationswissen bedeutet die „Voraussetzung der konkreten Einzelhandlung“ (ebd.: 155) und markiert „den sozialen Standort einer kommunikativen Handlung“ (ebd.: 253). Diesen Kategorien ordnet Busse die Kategorie des allgemeinen Handlungs- oder Weltwissens über. Weltwissen bezeichnet den „Raum der Möglichkeiten, Sinn zu realisieren“ (ebd.: 155). Die Kognitionslinguistik unterscheidet zwischen Bedeutungs- und Handlungswissen bzw. zwischen deklarativem und prozeduralem Wissen. Unter deklarativem Wissen versteht Monika Schwarz faktenbezogenes „Wissen dass“ (das sich wiederum unterteilen lässt in semantisches, abstraktes Weltwissen und in episodisches, situativ geprägtes Wissen). Prozedurales Wissen ist „Wissen wie“ (Schwarz 2008: 100). Klassifizierungen wie diesen ist gemeinsam, dass sie eine prinzipielle Grobklassifizierung ermöglichen, ohne aber die je nach Kontext spezifischen, von diesem Kontext jeweils determinierten (Unter-)Arten von Wissen darstellbar zu machen.

Wir unterscheiden im Folgenden als zwei Grundarten ‚Institutionenwissen‘ und ‚ideologisiertes Wissen‘. Die Abgrenzung dieser beiden Klassen ist abgeleitet aus den Gebrauchsspezifika der Repräsentationen, die diese Klassen bilden. Repräsentationen von Institutionenwissen verstehen wir als solche, die eher denotativ-deskriptiv verwendet werden (s.u. 3), die von ideologisiertem Wissen werden weltsichtgebunden mit dem Ziel der Stabilisierung bzw. versuchten Veränderung des Wissensrahmens ‚Parlament‘ gebraucht (s.u. 4).

Diese beiden Klassen unterscheiden wir außerdem nach spezifizierten Wissensarten:

allgemeinere Rahmenstrukturen von übergeordneten oder strukturhomologen Konzepten erben“ (Konerding 2008: 127). Zu verweisen ist schließlich auf den Wissensrahmen-Ansatz, dem Alexander Ziem (Ziem 2008) in dem Sinn eine weitere Perspektive verschafft, als er ihn an die Kognitive Grammatik und die Konstruktionsgrammatik anschließt.

Institutionenwissen		Ideologisches Wissen	
Bedeutungs- und Bezeichnungswissen	Strukturelles Wissen	Erinnerungswissen	Neue Wissens-elemente

Institutionenwissen lässt sich einerseits nach Bedeutungs- und Bezeichnungswissen (s.u. 3.1), andererseits nach strukturellem Wissen unterscheiden (s.u. 3.2); Beispiele für die Repräsentierung ideologisierten Wissens sind Realisierungen von Erinnerungswissen (s.u. 4.1) und von neuen Wissensselementen (s.u. 4.2).

Was heißt also ‚Parlamentarisierung der deutschen Sprache‘ für die folgende Darstellung? Wir rekonstruieren lexikalisch-semantische Repräsentationen von parlamentsbezogenen Wissensselementen, wie sie in der Umbruchzeit 1918-20 in einschlägigen Texten (insbes. Verfassung, Parteiprogramme, Parlamentarismuskritiken, Reden) manifestiert sind, beschreiben ihre Strukturen, klassifizieren ihre Bestände. Dass dies nur sowohl hinsichtlich des zeitlichen Rahmens, als auch hinsichtlich des Korpus, als auch hinsichtlich der Repräsentationen selbst in höchstem Maß exemplarisch geschehen kann, versteht sich von selbst.

3 Institutionenwissen

Insofern es sich mit ‚Parlament‘ um einen eine komplexe Institution konstituierenden Wissensrahmen handelt, nennen wir den entsprechenden Wissensbestand Institutionenwissen. Auf das Parlament bezogen ist lexikalisch repräsentierbares Institutionenwissen das Wissen normierter Konstituenten der Institution ‚Parlament‘. Solches Wissen ist z.B. in Wörterbüchern und Enzyklopädien oder in einschlägigen Fachtexten der Domäne ‚Politik‘, wie etwa in der Verfassung, sprachlich repräsentiert.⁵

3.1 Bezeichnungs- und Bedeutungswissen

Parlament ist eine geschichtlich und kulturell geprägte Institution, erwartbar ist daher z.B., dass ihre lexikalischen Wissensselemente lexikographisch kodifiziert sind – in der Form von Bezeichnungs- und Bedeutungswissen. Bezeichnungs- und Bedeutungswissen sei definiert als dasjenige historisch entwickelte und kulturell determinierte Wissen, das, gleichsam als Basiswissen, insbesondere in Wörterbüchern und Enzyklopädien kanonisiert und kodifiziert ist und als eben solch kanonisches Wissen kommuniziert wird.⁶ Referenzen auf Bedeutungs-

5 Diese Wissenskategorie kann als Version des ‚klassifikatorischen Wissensrahmens‘ verstanden werden, den Busse als weltbezogenes Wissen vom handlungsbezogenen Wissensrahmen (z.B. *Schule – Lehrer – Klassenbuch*) unterscheidet. Repräsentationen klassifikatorischen Wissens sind z.B. onomasiologische Bezeichnungsfelder wie *Strom – Fluss – Bach* (vgl. Busse 2007).

6 Unter der Voraussetzung, dass „Wissen reine Dynamik“ ist, „dem unaufhörlichen Gewimmel der Aktivierungen und Aktualisierungen, der Neu-Arrangements und -Ausbeutung [recte: Ausdeutung] anheimgegeben, der beständigen Iteration, in der jede Wiederholung wegen der Vielzahl der kaum zweimal in vollständig identischen Settings vorkommenden Anschlußmöglichkeiten

wissen sind tendenziell eher deskriptiv und neutral, die entsprechenden Repräsentationen werden tendenziell eher ohne Werthaltigkeit auszudrücken zu eher denotativ-deskriptiven Zwecken verwendet (vgl. Kilian 1995).

Die Frage nach dem in diesem Sinn zur Weimarer Zeit gleichsam abrufbaren und also im kollektiven Gedächtnis verfügbaren kodifizierten Wissen lässt sich wie folgt beantworten: Seit dem 17. Jahrhundert, intensiviert in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, gibt es ein lexikographisch repräsentiertes Bezeichnungswissen zum Konzept ‚Parlament‘. *Parlament* wird im 13. Jahrhundert aus frz. gleichbedeutend *parlement* ‚Unterredung‘ entliehen, nach dem 15. Jahrhundert seltener gebraucht, im 17. Jahrhundert dann (im Kontext mit der Glorious Revolution von 1688/89) erneut aus englisch *parliament* entlehnt und im Sinn von ‚Versammlung von Volksvertretern‘ verwendet. In diesem Sinn bucht Frisch (1741; s.v. *Parlament*): „Parlament, bey den Franzosen und Engelländern, das höchste Gericht, Parlamentum“. In Bezug auf das Frankfurter Paulskirchenparlament belegt das Deutsche Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm eine Verwendung aus dem Jahr 1849: „Auch die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt wird Parlament genannt“. Die Ableitung *parlamentarisch* ist seit 1848 dokumentiert, *Parlamentarismus* wird 1851 von Napoleon III. als Spottwort geprägt, das der Brockhaus von 1853 erklärt als „dasjenige politische System, welches die Notwendigkeit einer parlamentarischen Regierung u. der dazugehörigen Einrichtungen behauptet“. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist *Parlamentarier* ein Wort des politischen Diskurses (nach DWB).

Den Wissensrahmen außerdem konstituierende Elemente wie *Wahl*⁷, *Abgeordneter*, *Geschäftsordnung*, *Abstimmung*, *öffentlich*, *Partei*, *Fraktion* etc. gehören in der frühen Weimarer Zeit ebenfalls zum bereichsspezifischen politischen Bezeichnungsinventar, ebenso wie die sehr zentrale bedeutungsgleiche Ausdrucksalternative *Reichstag*, die natürlich älter ist (Ende 15. Jh.). Dass die lexikographischen Einträge in Bezug auf die Repräsentation von Bedeutungswissen den jeweiligen demokratiegeschichtlichen Stadien – vom Absolutismus bis zur repräsentativen Demokratie – angepasst sind, versteht sich von selbst, und insofern im Jahr 1919 die parlamentarische Demokratie die konstitutionelle bzw. parlamentarische Monarchie ablöst, erfährt das Prinzip ‚Parlamentarismus‘ entsprechende inhaltsseitige Modifizierungen (vgl. Kilian 1995).

einer Verschiebung im Gefüge des Wissens gleichkommt“ (Busse 2005: 52), sei auf das Problem, dass auf der Ebene dieser Wissensart/Wissensrepräsentation eine Stase suggeriert wird, die es nicht geben kann, an dieser Stelle nur hingewiesen, nicht aber eingegangen.

7 *Wahl* paraphrasiert Stieler (1691; s.v. *Wahl*) als: „Freye wahl / libera suffragia [...] Rechtmäßige Wahl“. Als eine zweite Hauptbedeutung gibt das DWB an: „II. wahl als die bestimmung zu einem amte durch die geordnete willenserklärung mehrerer. diese bedeutung reicht zwar in die mhd. zeit zurück, hat sich aber naturgemäsz erst seit entwicklung des parlamentarischen lebens reicher entfaltet. die meisten wendungen, die hierher gehören, sind erst im laufe der letzten 100 jahre hervorgetreten. gewisse grundlagen waren indes doch von früher her gegeben und zwar ist es vor allem die deutsche kaiserwahl, die die entwicklung des wortes in dieser bedeutung gefördert hat. daneben haben die städtischen und ständischen wahlen zur bildung eines festen formelschatzes, der sich auf die wahl bezieht, beigetragen.“

Wir fassen zusammen: Das Konzept ‚Parlament‘ ist im deutschen Sprachraum seit dem 13. Jahrhundert als Wissen vorhanden, mit der Französischen Revolution von 1789 erfährt dieses Wissen einen demokratiegeschichtlichen Schub. Als Folge existiert das Konzept ‚Parlament‘ als deliberatives, mehr oder weniger öffentlich beratendes, also diskutierendes, und Beschlüsse fassendes, aus allgemeinen Wahlen von Parteivertretern hervorgegangenes und nach dem Mehrheitsprinzip zusammengesetztes Vertretungsorgan mit seinen Elementen in der deutschen Demokratiegeschichte spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts, d.h. mit dem Beginn der Institutionengeschichte, die mit der Frankfurter Nationalversammlung 1848 einsetzt.

Insofern wir es mit einem komplexen und differenziert strukturierten System zu tun haben, rechnen wir weiterhin mit einem Wissensbestand, den wir ‚strukturelles Wissen‘ nennen wollen.

3.2 Strukturelles Wissen

Je nach Beschaffenheit des Referenzobjekts ist es sinnvoll, einen solchen Wissensbestand ‚strukturelles Wissen‘ zu benennen, und zwar dann, wenn Elemente des institutionellen Bezeichnungs- und Bedeutungswissens im Gebrauchskontext politischen Agierens stehen. Wir unterscheiden demnach die beiden Wissensarten ‚Bezeichnungs-/Bedeutungswissen‘ und ‚strukturelles Wissen‘ deshalb, weil wir einen Unterschied machen wollen zwischen theoretisch vorhandenem und angewandtem Wissen.

Die Struktur der komplexen Institution Parlament besteht u.a. darin, dass die Zusammensetzung der Institution durch Wahl von Parteivertretern bestimmt wird, dass sie die Aufgabe der Gesetzgebung und Regierungskontrolle hat, dass sie aus verschiedenen Gremien besteht und auf der Grundlage einer Geschäftsordnung handelt. Es handelt sich um Wissens Elemente wie *Abgeordnete*, *Vertreter*, *öffentlich*, *Wahl*, die als Elemente strukturellen Wissens im Kontext politischen Handelns darzustellen sind. Repräsentiert ist dieses Wissen in parlamentarischen Normtexten, wie z.B. der parlamentarischen Geschäftsordnung, der Verfassung oder in Wahlgesetzen.

Die Reichsverfassung von 1919⁸ weist solche lexikalischen Elemente einer parlamentarischen Demokratie auf, und der syntaktische Kontext dieser Elemente macht deutlich, dass es sich um eingeführte, nicht mehr zu erklärende Kategorien des politischen Diskurses handelt:

„Artikel 20. Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.“

„Artikel 21. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“

8 Zur Entstehungsgeschichte der Weimarer Reichsverfassung als Schlüsseltext der Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts vgl. Haß-Zumkehr (1998).

„Artikel 29. Der Reichstag verhandelt öffentlich.“

Allerdings werden zwei neue Wissens Elemente eingeführt. Artikel 22 legt nicht nur erstmalig fest, dass Wahlen allgemein und gleich und unmittelbar und geheim sein müssen⁹, sondern erstmalig auch, dass Frauen wählen dürfen:

„Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.“

Die Zuschreibungen *allgemein, gleich, unmittelbar* und *geheim* sind seit 1919 Grundelemente der Demokratie und als parlamentarische Wissens Elemente obligatorisch.¹⁰ Und die Formel *Männer und Frauen* ist ebenfalls als neues Wissens Element, und damit als Zäsurindikator des politischen Diskurses der frühen Weimarer Zeit, auszuweisen.

„Parlamentarisierung der deutschen Sprache“ bedeutet bis hierher: Mit den Wissensarten ‚Bezeichnungs- und Bedeutungswissen‘ und ‚strukturelles Wissen‘ und ihren lexikalischen Entsprechungen wird

1. relativ stabiles parlamentarisches Wissen repräsentiert. ‚Parlamentarisierung der Sprache‘ bedeutet in Bezug auf die sprachliche Repräsentation: Diese Wissensarten sind tradiert und als vorhandenes Wissen aktivierbar.

2. Eine sprachliche Zäsur markiert die Einführung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts und damit insbesondere die des Frauenwahlrechts.

„Ein Volk lernt um“ heißt es im Titel dieses Beitrags und in der Tat: Der politische Diskurs um 1918/19 lebt natürlich nicht nur davon, dass das bisherige parlamentarische System bestätigt oder in der beschriebenen Weise modifiziert wird. Aber: Diese stabilen, historisch entwickelten Wissensbestände sind nicht zuletzt die Voraussetzung dafür, dass ‚Parlamentarisierung‘ in der frühen Weimarer Zeit bedeutet, zu versuchen, eben dieses Wissen ideologisch zu verändern. Gerade weil der Wissensrahmen ‚Parlament‘ stabil war, weil ein z.T. über lange Zeit tradiertes Institutionenwissen vorhanden war, konnten z.B. die politischen Extreme überhaupt Störungen im Sinn von Normbrüchen unternehmen. Wir wenden uns damit ideologisierenden Thematisierungen von Wissensbeständen zu.

⁹ „Allgemeine, gleiche und geheime Wahlen“ war zwar die Formel, die das Wahlrecht zum Norddeutschen Bund von 1867 bestimmte. Aufgrund der Beschränkung auf erwachsene Männer und zusätzlicher Bedingungen kann jedoch von „allgemein“ und „gleich“ im heutigen Sinne keine Rede sein.

¹⁰ „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.“ (Art. 38 GG).

4 Thematisierungen: Ideologisiertes Wissen

Mit dem Bewusstsein, dass jegliches Reden in einem allgemeinen Sinn ideologiegebunden ist, soll nicht versäumt werden, auf die Problematik einer solchen Klassifizierung zu verweisen. Dennoch wollen wir sie vornehmen unter der Annahme, dass Ideologiegebundenheit in politischen Kontexten aufgrund machstrategischer Implikaturen generell einen anderen Status hat als allgemein ideologisches, also weltsichtgebundenes Reden. Insofern legen wir hier die klassisch-wertende Lesart von *Ideologie* zugrunde und verstehen unter ideologiegebundenem Wissen im politischen Kontext jegliches parteilich bewertete, diese Parteigebundenheit explizit repräsentierende Wissen, das einem bestimmten Interesse verbunden ist. Der prinzipiell agonale Charakter diskursiver Wissenskonstituierung¹¹ findet im politischen Diskurs eine ideologisch geprägte Übersteigerung, die ihrerseits in der Weimarer Republik noch einmal radikalisiert wird.

Sprachlich handelt es sich mit Berger/Luckmann um „eine Wirklichkeitsbestimmung“, mit der „sich ein konkretes Machtinteresse [...] verbindet“ (Berger/Luckmann 1969/1999: 132f.). Dieses Interesse gilt entweder dem Erhalt bzw. Erringen einer eigenen Macht (Vertreter politischer Parteien reden so) oder der Unterstützung derjenigen Gruppierung, deren Weltsicht der des Redners entspricht (Intellektuelle reden so); oder es soll verhindert werden, dass der politische Gegner Macht erringt.

Die Instanz ‚Parlament‘ und der Prozess der Parlamentarisierung sind auch – und bezogen auf die Jahre 1918/19 müssen wir sagen: vor allem – Gegenstand des kontroversen politischen Diskurses, wir können auch sagen: Gegenstand des demokratischen Lernprozesses. Dass die Textsorte „Parlamentkritik“ in der Weimarer Zeit Konjunktur hat, ist Nachweis für die Existenz dieses Diskurses. Unsere folgende Darstellung richtet sich also auf die Rekonstruktion von lexikalisch-semanticen Okkurrenzen als werthaltige Wissensrepräsentationen parteilich ideologisierter Positionen.

Ideologisiertes Wissen unterscheiden wir nach Repräsentationen, die als ‚Erinnerungswissen‘ Funktion haben und nach solchen, die (dem Versuch) der ‚Einführung neuer Wissens Elemente‘ entsprechen.

Beispiele ideologisierter Wissensrepräsentationen seien nun im Folgenden nicht solche Elemente, die die Beteiligtegruppierungen benutzen, um ihre disparaten politischen Konzepte zu manifestieren – der Weimarer Diskurs als Diskurs der Stimmenvielfalt und der Extreme ist vielfach beschrieben.¹² Sprachlich interessanter ist es aber womöglich, diejenigen Wissens Elemente und ihre lexikalischen Entsprechungen zu benennen, auf die sowohl die die Verfassung tragende liberale Mitte und gemäßigte Linke, als auch die antidemokratischen Beteiligten, die extreme Linke und die extreme Rechte, referieren. Damit wird evident, dass das politische Denken in der frühen Weimarer Zeit trotz extremer Ideologisierung auch von identischen Haltungen und Einstellungen geprägt war (und die

11 Vgl. dazu u.a. Warnke (2008).

12 Vgl. etwa Fritzsche (2000).

nur von der äußersten Linken nicht geteilte, ansonsten übereinstimmende Ablehnung des Versailler Vertrags ist hier nur das bekannteste Beispiel). Dass am Ende „die Nazis vielen Deutschen als demokratische Kraft erschienen“ (Fritzsche 2000: 154), hat hier ein Motiv. In sprachlicher Hinsicht findet die von Walther Dieckmann beschriebene ‚ideologische Polysemie‘ hier als ‚ideologische Homonymie‘ in spezifischer Weise Ausdruck.

4.1 Erinnerungswissen

Ungeachtet der Tatsache, dass alles Wissen Erinnerung ist (Thomas Hobbes), sei in unserem Zusammenhang ‚Erinnerungswissen‘ die Bezeichnung für solche Wissensbestände, deren Erfahrung in der Vergangenheit liegt und deren sprachliche Repräsentationen zu argumentativen Zwecken explizit gemacht werden.¹³ Es geht also um die weltsichtgebundene gegenwartsbezogene Funktionalisierung sprachlicher Repräsentationen von Vergangenheitsreferenzen.

Bestände dieses Wissens finden wir in den argumentationshaltigen Parlamentarismuskritiken etwa Carl Schmitts oder Moeller van den Brucks, aber natürlich auch in das Weimarer Parlament verteidigenden Redebeiträgen, etwa Hugo Preuss’.

Die partei- und weltsichtübergreifenden Thematisierungen von parlamentsbezogenem Erinnerungswissen haben zahlreiche Gegenstände, ich greife exemplarisch das Thema ‚Tatenarmut des Parlaments‘ heraus. Ein zentrales Element der Erinnerung an historische Parlamente ist das Wissenselement ‚Parlamente waren tatenarm‘. Das Parlament als *Schwatzbude* ist ein parteiübergreifender Topos¹⁴, der mit der zentralen Entsprechung eines Tat- und Handlungsideals korrespondiert, das nicht nur die politische, sondern die Mentalitätsgeschichte der Weimarer Zeit überhaupt prägt.¹⁵ Die lexikalisch-semanticen Repräsentationen dieses Elements lauten z.B. *Redner/reden* oder *debattieren*, deren Kontextualisierungen zeigen, dass auf sie in hohem Maß abwertend referiert wird, unter der Voraussetzung einer hochbewerteten antonymischen Implikatur ‚Tat‘, ‚handeln‘ etc.: „die Parlamente blieben der Sprechort unseres politischen Lebens, statt ihr Tatort zu werden“ (Moeller van den Bruck 1923: o. S.) – diese, eine Oppositionsbeziehung zwischen parlamentarischer Debatte und politischem Handeln behauptende Formulierung Moeller van den Brucks verdichtet den parlamentfeindlichen Diskurs nicht nur der politischen Rechten.

13 „Immer dann, wenn Erinnerungen als epistemische Rechtfertigungsgründe verwendet werden, spricht man von *Erinnerungswissen*. Was Erinnerungswissen von anderen Formen des Wissens unterscheidet, ist also nicht der Gegenstandsbereich (die Vergangenheit), sondern die Art und Weise der Begründung“ (Bernecker 2002: 142). Unter dieser Voraussetzung lässt sich Erinnerungswissen auch als Erfahrungswissen beschreiben. Konerding verweist auf die „Erfahrungs- und damit Praxenfundiertheit“ von Wissensbeständen (Konerding 2008: 103).

14 Die politische Rechte versteht dieses Argument in politische Dienste zu nehmen: „Es gibt bei uns keinen Mann im Volke, der nicht von der Schwatzbude spricht. Und allgemein ist das Gefühl, daß von ihr ganz sicher keine Rettung kommen wird.“ (Moeller van den Bruck 1923: 119)

15 Ein Beispiel mag der programmatische Name der Politik- und Kulturzeitschrift „Die Tat“ sein.

Schauen wir uns Beispiele für die drei politischen Hauptrichtungen an.

Hugo Preuss, der maßgebliche Architekt der Weimarer Verfassung und Vertreter der liberalen Mitte, formuliert Kritik des historischen Parlamentarismus mit Bezug auf die monarchische, genauer die kaiserzeitliche Version des Parlamentarismus. Das Monitum der Tatenarmut repräsentiert Preuss mit den Nominationen *Redner* und *Taktiker*, denen er das Ideal des *parlamentarischen Staatsmanns* gegenüberstellt:

„Die lange Herrschaft des Obrigkeitssystems [hat uns] kein erfreuliches Erbgut hinterlassen. Volk und Parteien waren nicht zu politischer Verantwortlichkeit erzogen; ihre Führer waren bestenfalls parlamentarische Redner und Taktiker, nicht parlamentarische Staatsmänner.“ (Preuss 1922: 244)

Bei der politischen Rechten, z.B. bei Moeller van den Bruck¹⁶, finden wir ebenfalls die Bezeichnung dieses Defizits als erinnertes Wissen repräsentiert, ebenfalls bezeichnet mit der Instanz des zur Tat entschlossenen *Staatsmanns*, hier spezifiziert mit *Bismarck*:

„Der Reichstag ist in Deutschland im Volke immer verachtet gewesen. Er war es, weil die Ueberlieferung, die sich mit ihm verband, in der Erinnerung des Volkes nicht gegen Bismarck aufkam, der als Staatsmann getan hatte, wovon die Anderen immer nur redeten und woran sie ihn eher hinderten.“ (Moeller van den Bruck 1923: 110)

Schließlich die Linke – auch sie historisiert den Parlamentarismus u.a. defizitär als an Taten arm, mit der Ausdrucksalternative *debattieren*, und setzt mit dem Pathos des Klassenkampfes die Alternative der Handlung in Oppositionsbeziehung. Vertreter des Spartakusbunds rufen auf einer Kundgebung vom 14. Dezember 1918 ihrem Publikum zu:

„Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariatsmasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“ (Spartakusbund 1918b: 99f.)

Wir sehen: Tatenarmut wird im Zuge der parteilichen Auseinandersetzung als parlamentsbezogenes Element von Erinnerungswissen parteiübergreifend ideo-

16 Moeller van den Bruck kann wohl als einer der einflussreichsten und exponiertesten Vertreter der sog. ‚Konservativen Revolution‘ bezeichnet werden. „Aus dem Schoße dieser Bewegung [...] entsprangen die wesentlichen antidemokratischen Gedankenimpulse. Hier hatte der antidemokratische Geist sein eigentliches Betätigungsfeld. Wenn die sogenannte Konservative Revolution zahlenmäßig auch klein war, weil sie nicht über eine politische Massenorganisation verfügte, so war sie doch der Ideenspender für das Gros der nationalistischen Bewegung einschließlich des Nationalsozialismus.“ (Sontheimer 1962/1992: 29) Zur Begrifflichkeit Moeller van den Brucks, der ein semantisches Netz mit den Knoten *Demokratie*, *Liberalismus*, *Konservatismus* und *national* knüpft, vgl. Lobenstein-Reichmann (2002).

logisiert. Die Repräsentierung dieses Wissenselements ist insofern ein Beitrag zur Parlamentarisierung der frühen Weimarer Zeit, als es unmittelbar im Zusammenhang steht mit der Konzeption einer starken, handlungsfähigen Staatsführung, wie sie in der Verfassung festgelegt ist.¹⁷

Werfen wir schließlich einen Blick auf Parallelen hinsichtlich der Einführung neuer Wissenselemente.

4.2 Einführung neuer Wissenselemente

Den hoch ideologisierten politischen Diskurs der frühen Weimarer Zeit kennzeichnen Versuche, den bestehenden Wissensrahmen ‚Parlament‘ hinsichtlich seiner Bestandteile zu verändern. Diese Veränderungsversuche können, wie bei den staatstragenden sog. Verfassungsparteien der liberalen Mitte oder der gemäßigten Linken, die Funktion haben, den Wissensrahmen zu stabilisieren.¹⁸ Bei der extremen Linken wie bei der extremen Rechten hat sie dagegen die Funktion der Destabilisierung und entspricht deren Antiparlamentarismus.

Beispiel für die Einführung neuer parlamentarischer Wissenselemente – und damit für die versuchte Zerstörung des Wissensrahmens ‚Parlament‘ – sei ein Konzept, das die extreme Rechte *Ständesystem*, die extreme Linke *Rätesystem* nennt. Abgesehen davon, dass die Grundideen dieser beiden Konzepte natürlich alles andere als neu sind, sind sie außerdem mindestens verwandt. Sie gründen auf dem gemeinsamen Gedanken der berufsbezogenen Repräsentierung. So bewertet es Moeller van den Bruck als „folgerichtig, daß der Angriff gegen den Parlamentarismus, dem revolutionär der Angriff vom Rätegedanken aus entsprach, konservativ vom Ständegedanken aus vorgetragen wurde“ (Moeller van den Bruck 1923: 117). Die Konzeption wird in beiden Fällen getragen von Wissenselementen, die lexikalisch-semantic mit *Beruf* / *Berufsorganisationen* / *Berufsgruppen* / *nach Berufen gegliedert* u.ä. explizit und bei der politischen Linken und Rechten identisch repräsentiert werden.

Im rechten konservativen Denken zieht man aus Untätigkeit und Fraktionismus die konzeptuelle Konsequenz, das aus Parteivertretern zusammengesetzte Parlament durch ein Ständemodell zu ersetzen. Moeller van den Brucks Alternative einer Volksvertretung zu dem alle vier Jahre durch die Wahl von Parteien neu zu bildenden Parlament stellt er ausdrücklich als Idee heraus, das Parla-

17 Als noch nicht konsequent vollzogene Demokratisierung ist die Ausstattung des Reichspräsidenten mit umfassenden Vollmachten („Ersatzkaiser“) zu verstehen, womit nach 1945 das Scheitern der Republik erklärt wurde, so dass der Bundespräsident dann nur noch mit rein repräsentativer Funktion versehen wurde. In sprachlicher bzw. diskursgeschichtlicher Hinsicht wäre an dieser Stelle eine hier nicht zu leistende Analyse des Topos vom ‚starken Mann‘ anzuschließen, der, mit Ausdrucksalternativen, parteiübergreifend geltend gemacht wird und der das Ideal der Tat repräsentiert.

18 Wenn etwa Hugo Preuss, als Verteidiger der parlamentarischen Demokratie, in seinen Beiträgen nicht müde wird, eine Ligatur zwischen der Zukunft der deutschen Republik und ihrer konsequenten Demokratisierung herzustellen, dann sucht er damit den Wissensrahmen ‚Parlament‘ zu stabilisieren.

mentskonzept zu vernichten: „der Ständegedanke [ist] gegen den Parlamentsstaat gerichtet“. Er ist „an die Stelle der Monarchie und der mit ihr verbundenen Parteierrschaft getreten“ (Moeller van den Bruck 1923: 118).

Der letzte Punkt des 25-Punkte-Programms der NSDAP von 1920 fordert die „Bildung von Stände- und Berufskammern“ (NSDAP 1920: 159). Und die Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei aus dem Jahr 1920 sehen vor:

„Der [...] Volksvertretung gebührt entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und wirksame Aufsicht über Politik und Verwaltung. Neben diesem Parlament verlangen wir eine Vertretung, die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht.“ (DNVP 1920: 121)

Dass dieses Konzept im Kontext von Antiparlamentarismus und Parteienkritik steht, macht die argumentative Verbindung zwischen Ständemodell einerseits, Parlamentswahlen andererseits deutlich:

„Er [der Ständegedanke] will dem Unsinn ein Ende machen, daß sich ein Deutscher durch Abgabe eines Wahlzettels für eine Reihe von Jahren seiner politischen Freiheit begibt und daß bis zur nächsten Wahl eine Partei- und Koalitionsregierung das formale Recht hat, alle Fragen zu entscheiden, von denen das Geschick des Landes abhängt – zu entscheiden auch dann, wenn inzwischen neue Umstände Ereignisse Veränderungen der Weltlage eintreten, die bei Abgabe des Stimmzettels nicht vorausszusehen waren.“ (Moeller van den Bruck 1923: 118)

Während – wie gesehen – die politische Rechte mit dem Ständemodell Wissens-elemente einzuführen versucht, die ein Gesellschaftskonzept der Vormoderne repräsentieren, setzt die Linke bekanntlich die Idee der ebenfalls berufsbezogenen Räterepublik gegen die des als untätig denunzierten Parteienparlaments und repräsentiert damit Wissens-elemente, die das kommunistische, in der Sowjetunion bereits realisierte Gesellschaftsmodell konstituieren.

Die Umsetzung dieser Idee einer nach Berufszugehörigkeiten konstituierten Instanz ist nicht nur auf Seiten der extremen Linken elaboriert, sondern z.B. auch im Programm der gemäßigeren Bayerischen Räterepublikaner vom 15. November 1918 vorgesehen, die, mit der Kategorie *Nebenparlament*, den eingeführten Institutionenterminus adaptieren:

„Neben dem provisorischen Zentralparlament [...] sollen alle einzelnen Verbände und Berufe der Bevölkerung ihre eigenen Angelegenheiten in voller Öffentlichkeit erörtern können. [...] Das Deutsche Theater zu München soll der Sitz dieses Nebenparlaments sein. Beamten-, Lehrer- und Privatangestelltenorganisationen, die freien Berufe, das Handwerk, der Handel und die Industrie, alle sollen sich zu Räten zusammenfinden und in diesen freien Parlamenten ihre Angelegenheiten [...] erörtern.“ (Programm der Regierung des Volksstaates Bayern: 109)

Der „Beschluß über den Aufbau des Räteystems“, der auf dem Rätekongress von 1918 gefällt wurde, bestimmt, dass „die Grundlage der sozialistischen Republik“ die „sozialistische Demokratie sein“ muss, was z.B. bedeutet: „in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nicht nach der bloßen Zahl“, wie bei der bürgerlichen Demokratie, sondern „auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit zu erfassen“. Die Instanz, die dieses Konzept umsetzen soll, sei die der „Kammern der Arbeit [...], zu denen alle Arbeit leistenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sind.“ (Beschluß über den Aufbau des Räteystems 1918: 65)

Solchen Forderungen einer berufsbezogenen Vertretung der Arbeitswelt hat dann auch die Weimarer Verfassung in dem Sinn entsprochen, dass sie in Artikel 165 die Einführung von Betriebs-, Bezirks- und Reichs-Arbeiterräten bestimmt, die nach Wirtschaftsgebieten gegliedert sein sollen:

„Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.“

Wir sehen: Parteiübergreifend konzipieren die politischen Akteure die demokratische Idee der Volksvertretung einerseits pseudodemokratisch mit dem ständischen Prinzip, andererseits radikaldemokratisch mit dem Rätemodell. Gemeinsam ist beiden Konzepten, dass sie als berufsbezogenes Repräsentativsystem verstanden werden wollen und damit im Zuge der Sachverhaltskonstituierung Repräsentationen identischer Wissens Elemente verwenden. Wir haben dieses Phänomen ‚ideologische Homonymie‘ genannt.

5 Bewertung und Fazit

Einen Wissensrahmen konstituierende Wissens Elemente bilden ein Normen-, ein Regelsystem. Dies gilt bereits für informelle Zusammenkünfte wie private Geselligkeiten, erst recht jedoch für Instanzen, die in hohem Maß von formalisierten Strukturen geprägt sind. Eine solche Instanz ist das Parlament, ein System von ausgeprägter Institutionalität und damit von äußerster Regelhaftigkeit. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass das Konzept ‚Parlament‘ der Weimarer Zeit nicht nur von Traditionskontinuität, sondern von Traditionsmodifizierung, Traditionsbewertung und versuchter Traditionszerstörung geprägt ist. Es wird einerseits denotativ-neutral repräsentiert (in Wörterbüchern, Enzyklopädien und Normtexten), andererseits, zum Zweck der (versuchten) Erweiterung bzw. Zerstörung des Wissensrahmens, ideologiegebunden (u.a. in Reden und politischen Programmen).

„Ein Volk lernt um“ – als Ergebnis unserer Wissensanalyse können wir unter diesem Signum festhalten:

- 1 Der Wissensrahmen ‚Parlament‘ ist mit seinen lexikalisch-semantischen Elementen als historisch entwickelte und kulturell geprägte Institution kollektiv präsent und aktiviert. Insofern wird in Texten der frühen Weima-

rer Zeit zur Konstituierung der Institution ‚Parlament‘ eingeführtes und nicht erst im Zuge des politischen Umbruchs zu einer repräsentativen Demokratie erzeugtes Institutionenwissen repräsentiert.

- 2 Innovation des Bestands institutionellen Wissens sind die Elemente ‚allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl‘ sowie ‚Wahl und Wählbarkeit von Frauen‘. Die entsprechende sprachliche Repräsentierung dieser Neuerung, das Vorkommen von *Frau* und die Einführung movierter Formen (*Schriftführerin, Politikerin, Parlamentarierin*) im politischen Diskurs, ist damit ein neuer Beitrag zur Parlamentarisierung der deutschen Sprache ebenso, wie die Repräsentierung des Arbeiterräterechts. Diese Konzepte sind insofern von der Ebene des Ereignisses in der frühen Weimarer Zeit auf die Ebene des Kontinuums gelangt, als sie z.B. auch Elemente unseres Grundgesetzes sind und als solche sprachliche Routine.¹⁹
- 3 Vertreter unterschiedlicher ideologisch-politisch disparater Positionen thematisieren vergangenheitsbezogenes Erinnerungswissen im Sinn von Repräsentations-Parallelen ebenso, wie die Versuche, neue Wissens Elemente einzuführen.
- 4 Traditionszerstörend wird von der extremen Rechten und der extremen Linken ein berufsbezogenes Vertretungsmodell konzipiert, dessen Grundideen einerseits mit Wissens Elementen des Ständemodells, andererseits des Räte Modells repräsentiert sind.

6 Quellen

- Beschluß über den Aufbau des Räte systems 1918. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.) (1966): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914-1945. Band 7: Februar 1919-Dezember 1923. 1. Halbband: Januar 1922-Dezember 1923. Berlin: Dietz, S. 64-65.
- DNVP (1920): Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei, 1920. In: Wilhelm Treue (Hg.) (1954): Deutsche Parteiprogramme seit 1861. Göttingen u. a.: Musterschmidt-Verlag (Quellensammlung zur Kulturgeschichte; 3), S. 120-127.
- Ebert, Friedrich (1918): Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Ebert. 08.11.1918. In: Ernst Rudolf Huber (1964): Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1918. Stuttgart: W. Kohlhammer (Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte; 2), S. 507.
- Moeller van den Bruck, Arthur (1923/2006): Das Dritte Reich. Toppenstedt: Uwe Berg (Nachdruck der Ausgabe Ring-Verlag/Berlin).
- Neue Rundschau (1920): Die neue Rundschau. XXXIter Jahrgang der freien Bühne. Band 1. Berlin: Fischer.
- NSDAP (1920): Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. München, 24. Februar 1920. In: Wilhelm Treue (Hg.) (1954): Deutsche Parteiprogramme seit 1861. Göttingen u. a.: Musterschmidt-Verlag (Quellensammlung zur Kulturgeschichte; 3), S. 156-159.
- Preuss, Hugo (1922): Parlamentarismus, wie er nicht ist. In: Hugo Preuss (2008): Politik und Verfassung in der Weimarer Republik. Hg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck (Gesammelte Schriften; 4), S. 243-246.
- Programm der Regierung des Volksstaates Bayern vom 15. November 1918. In: Herbert Michaelis et al. (Hg.) (1970): Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung

19 Zum Prozess vom Ereignis eines sprachlichen Umbruchs zum sprachgeschichtlichen Kontinuum vgl. Kämper (2008).

- zur Zeitgeschichte. Band 3: Der Weg in die Weimarer Republik. Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co, S. 107-111.
- Spartakusbund (1918a): Aufruf der Reichskonferenz des Spartakusbundes an die deutsche Bevölkerung vom 7. Oktober 1918. In: Lothar Berthold/Helmut Neef (1958): Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation. 2. Auflage. Berlin: Dietz, S. 81-83.
- Spartakusbund (1918b): Kundgebung des Spartakusbundes vom 14. Dezember 1918. In: Wilhelm Treue (Hg.) (1954): Deutsche Parteiprogramme seit 1861. Göttingen u.a.: Musterschmidt-Verlag (Quellensammlung zur Kulturgeschichte; 3), S. 99-102.

7 Literatur

- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1969/1999): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Bernecker, Sven (2002): Impliziert Erinnerung Wissen? In: <http://www.gap-im-netz.de/gap4Konf/Proceedings4/pdf/6%20Ek01%20Bernecker.pdf>.
- Burkhardt, Armin (2003): Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer.
- Busse, Dietrich (1987): Historische Semantik. Analyse eines Programms. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Busse, Dietrich (2005): Architekturen des Wissens – Zum Verhältnis von Semantik und Epistemologie. In: Ernst Müller (Hg.): Begriffsgeschichte im Umbruch. Berlin: Meiner, S. 43-57.
- Busse, Dietrich (2007): Diskurslinguistik als Kontextualisierung: Methodische Kriterien. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zur Analyse gesellschaftlichen Wissens. In: Ingo H. Warnke (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin/New York: de Gruyter, S. 81-105.
- Busse, Dietrich (2008): Diskurslinguistik als Epistemologie – Das verstehensrelevante Wissen als Gegenstand linguistischer Forschung. In: Ingo H. Warnke/Jürgen Spitzmüller (Hg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin/New York: de Gruyter, S. 57-87.
- Felder, Ekkehard (2008): Sprachliche Formationen des Wissens. Sachverhaltskonstitution zwischen Fachwelten, Textwelten und Varietäten. In: Ekkehard Felder/Marcus Müller (Hg.): Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerkes „Sprache und Wissen“. Berlin/New York: de Gruyter, S. 21-77.
- Fillmore, Charles (1982): Frame Semantics. In: The Linguistic Society of Korea (Hg.): Linguistics in the morning calm. Seoul: Hanshin, S. 111-137.
- Frisch, Johann Leonhard (1741/1977): Teutsch-Lateinisches Wörter-Buch. 2 Bände in 1 Band. Mit einer Einführung von Gerhardt Powitz. Nachdruck Hildesheim/New York: Olms.
- Fritzche, Peter (2000): Deutsche Demokratie – Deutsche Diktatur. In: Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert. Weimar/Wien: Böhlau, S. 147-161.
- Grimm, Jacob und Wilhelm (1854ff.): Deutsches Wörterbuch. Leipzig: Hirzel.
- Haß-Zumkehr, Ulrike (1998): Die Weimarer Reichsverfassung – Tradition, Funktion, Rezeption. In: Heidrun Kämper/Hartmut Schmidt (Hg.): Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte – Zeitgeschichte. Berlin/New York: de Gruyter, S. 225-249.
- Holly, Werner (1982): Zur Geschichte parlamentarischen Sprachhandelns in Deutschland. Eine historisch-pragmatische Skizze an Beispielen aus ersten Sitzungen von verfassunggebenden Versammlungen. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 47, S. 10-48.
- Kämper, Heidrun (2008): Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchgeschichte. Sprachgeschichte im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung. In: Heidrun Kämper/Ludwig M. Eichinger (Hg.): Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung. Berlin/New York: de Gruyter, S. 198-224.
- Kilian, Jörg (1995): „Demokratie“ und „Parlament“. Zur semantischen Entwicklung einer komplizierten Beziehung am Beispiel deutschsprachiger Wörterbücher aus dem 19. und 20. Jahrhundert. In: Andreas Dörner (Hg.): Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin/New York: de Gruyter, S. 249-277.
- Konerding, Klaus Peter (2008): Sprache – Gegenstandskonstitution – Wissensbereiche. Überlegungen zu (Fach-)Kulturen, kollektiven Praxen, sozialen Transzendentalien, Deklarativität und Bedingungen von Wissenstransfer. In: Ekkehard Felder/Marcus Müller (Hg.): Wissen durch Sprache. Theorie,

- Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerkes „Sprache und Wissen“. Berlin/New York: de Gruyter, S. 79-111.
- Lobenstein-Reichmann, Anja (2002): Liberalismus – Demokratie – Konservatismus. Moeller van den Bruck, das Begriffssystem eines Konservativen zu Beginn der Weimarer Republik. In: Dieter Cherubim/Karlheinz Jakob/Angelika Linke (Hg.): Neue deutsche Sprachgeschichte. Mentalitäts-, kultur- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge. Berlin/New York: de Gruyter, S. 183-206.
- Schwarz, Monika (2008): Einführung in die Kognitive Linguistik. 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Tübingen/Basel: A. Francke.
- Solso, Robert (2005): Kognitive Psychologie. Heidelberg: Springer.
- Sontheimer, Kurt (1962/1992): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München: DTV.
- Stieler, Kaspar (1691/1968): Der Teutschen Sprache Stammbaum und Fortwachs oder Teutscher Sprachschatz. Mit einer Einführung und Bibliographie von Gerhard Ising. Nachdruck Hildesheim: Olms.
- Warnke, Ingo (2008): Die sprachliche Konstituierung von geteiltem Wissen in Diskursen. In: Ekkehard Felder/Marcus Müller (Hg.): Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerkes „Sprache und Wissen“. Berlin/New York: de Gruyter, S. 113-140.
- Ziem, Alexander (2008): Frames und sprachliches Wissen. Kognitive Aspekte der semantischen Kompetenz. Berlin/New York: de Gruyter.